

Sitzungsvorlage	Vorlage- Nr: VO/2015/1815-SW	
Federführend: Stadtwerke	Status: öffentlich	
Beteiligt:	Aktenzeichen: Datum: 07.09.2015 Referent:	
Öffentlicher Personennahverkehr Hier: Nahverkehrsplan - Ergebnisse und Erkenntnisse der Haushaltsbefragung aus dem Achsenkonzept		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
23.09.2015	Umweltsenat	Entscheidung

I. Sitzungsvortrag:

a) Haushaltsbefragung Verkehrsachsen

Die Stadt Bamberg und der Landkreis Bamberg haben im Jahr 2013 jeweils zwar getrennte lokale Nahverkehrspläne verabschiedet, die aber im grenzüberschreitenden Verkehr eine gemeinsame Planung vorsehen und klimapolitische Ziele integrieren. Für die Erreichung der Ziele aus den Nahverkehrsplänen wurden Maßnahmen abgeleitet, die zu einer Veränderung der Verkehrsmittelwahl führen sollen.

Eines der Ziele ist die Optimierung des ÖPNV-Angebots auf wesentlichen und nachfragerlevanten Verkehrsachsen, die aus der Stadt Bamberg in den Landkreis Bamberg bzw. vom Landkreis Bamberg in die in die Stadt Bamberg führen.

Diese Achsen sind:

- Bamberg – Bischberg – Viereth-Trunstadt
- Bamberg – Hallstadt Laubanger - Hallstadt
- Bamberg – Memmelsdorf – Scheßlitz
- Bamberg – Stegaurach – Burgebrach – Ebrach/Schlüsselfeld

Mit der seit Mitte 2013 erfolgten Anbindung des Gewerbegebiets Laubanger an das Liniennetz der Stadtwerke Bamberg Verkehrs- und Park GmbH (STVP) wurde das ÖPNV-Angebot bereits für eine Achse erfolgreich optimiert.

Für die anderen Achsen ist es von entscheidender Bedeutung, die für eine Planung notwendigen Daten vorliegen zu haben, die eine Optimierung möglich machen. Neben der Analyse des bestehenden ÖPNV-Angebots ist das Mobilitätsverhalten der Bevölkerung entlang der Verkehrsachsen von besonderer Bedeutung. Denn nur wenn bekannt ist, zu welchem Zeitpunkt, von wo nach wo (Quell-/Zielbeziehungen), mit welchem Verkehrsmittel und zu welchem Zweck die Bevölkerung ihre täglichen Mobilitätswünsche

befriedigt, kann ein auf diese Mobilitätswünsche zugeschnittenes ÖPNV-Angebot entwickelt werden. Ebenfalls kann mit den Ergebnissen aus der Haushaltsbefragung die Standortfrage „ZOB“ beantwortet werden.

Aus diesem Grund haben sich der Landkreis Bamberg und die Stadtwerke Bamberg Verkehrs- und Park GmbH darauf verständigt, im Rahmen einer Haushaltsbefragung das Mobilitätsverhalten entlang der Verkehrsachsen abzufragen. Für die Durchführung der Haushaltsbefragung wurde das Büro Targetgroup beauftragt. Die Befragung der Bevölkerung erfolgte über eine computergestützte telefonische Befragung im Stichprobenverfahren im Februar und März dieses Jahres. Die Stichprobenverteilung erfolgte nach der Einwohnerzahl.

Im Rahmen einer Präsentation in der Sitzung des Umweltsenats wird das Büro Targetgroup die Durchführung der Haushaltsbefragung, die Ergebnisse und mögliche daraus abzuleitende Maßnahmen vorstellen.

Auf Basis der Ergebnisse der Haushaltsbefragung und der Analyse des bestehenden ÖPNV-Angebots werden in Zusammenarbeit zwischen dem Zweckverband Großraum Nürnberg (ZVGN), dem Landkreis Bamberg, der STVP und den regionalen Busunternehmen alternative ÖPNV-Angebotsplanungen entwickelt. Da die Abstimmungsarbeiten zwischen den Beteiligten einige Zeit benötigen werden und auch konzessionsrechtliche, vergaberechtliche und beihilferechtliche Fragen zu klären sind, werden frühestens im Frühjahr 2016 abgestimmte Planungsalternativen vorliegen.

b) Standort ZOB

In der Vergangenheit, zuletzt in der Sitzung des Bau- und Werksenats am 08.07.2015 wurde über die bestehende und künftige Lage des ZOB diskutiert. Wie bereits im heutigen Sitzungsvortrag beschrieben ergeben die Ergebnisse aus der Haushaltsbefragung auch Rückschlüsse zu den Quell- und Zielbeziehungen und damit auch über die Lage des ZOB.

Die Haushaltsbefragung kommt hierzu zu folgenden Ergebnissen:

	Ziele im Stadtgebiet Bamberg							
	ZOB		Bahnhof		Klinikum		Sonstiges Stadtgebiet	
	Nutzer aus (in %)		Nutzer aus (in %)		Nutzer aus (in %)		Nutzer aus (in %)	
	Land-kreis	Stadt	Land-kreis	Stadt	Land-kreis	Stadt	Land-kreis	Stadt
Achse								
Bamberg – Bischberg – Viereth-Trunstadt	77,6	61,5	8,13	7,8	2,1	5,0	2,73	3,9
Bamberg – Memmelsdorf - Scheßlitz	68,25	66,0	19,35	5,3	0	8,7	5,65	13,0
Bamberg – Stegaurach - Burgebrach	65,53	51,1	11,55	13,9	0,67	7,6	6,58	20,2

Daraus ist eindeutig abzuleiten, dass der jetzige Standort des ZOB das mit Abstand meist genutzte Ziel sowohl bei den Nutzern aus dem Landkreis als auch bei den Nutzern aus der Stadt Bamberg ist. Dies ist natürlich, da wesentliche Nutzungen wie z.B. Schulen, Universität und Einzelhandel sich im direkten Umfeld der Bamberger Innenstadt befinden. Um den größtmöglichen Nutzen für die Nachfrage an öffentlichen Personennahverkehrsleistungen und die Verkehrsentslastung in der Innenstadt zu erreichen, ist es ebenfalls zwingend erforderlich, eine enge Verknüpfung zwischen dem städtischen und dem regionalen Busverkehr im Bereich ZOB/Südliche Promenade beizubehalten. Eine Verlagerung von regionalen Buslinien an alternative Standorte wie z.B. Markusplatz würde für Kunden des öffentlichen Personennahverkehrs zu wesentlichen Einschränkungen führen und eine negative Wirkung auf die Akzeptanz und die Nachfrage haben. In diesem Zusammenhang wird auch immer über den Zweck und die Wirkung eines regionalen Omnibusbahnhofs (ROB) am Bahnhof diskutiert. Im Gegensatz zum ZOB hätte ein ROB im Nahverkehrssystem eine andere Funktion als der ZOB. Ein ROB soll zum einen eine direktere Verknüpfung mit den Schienenverkehrsmitteln ermöglichen und zum anderen alle Haltepunkte der regionalen Omnibuslinien zusammen führen. Weiterhin würde ein ROB es ermöglichen, einen zentralen Standort für den stark wachsenden Markt der Fernbuslinien zu schaffen.

Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Bamberg Verkehrs- und Park GmbH hat in seiner Sitzung am 04.08.2015 über den Standort des ZOB diskutiert. Nach Ansicht des Aufsichtsrats ist der ZOB an der bestehenden Stelle unverzichtbar für den öffentlichen Personennahverkehr in der Stadt Bamberg und hat daher dem Stadtrat empfohlen, - wie bereits der Bau- und Werksenat am 08.07.2015 - die erforderlichen Mittel für die Planungsleistungen zur Generalsanierung des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB) für das Haushaltsjahr 2016 zur Verfügung zu stellen.

II. Beschlussvorschlag

1. Der Umweltsenat nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.
2. Der Umweltsenat beschließt die dauerhafte Beibehaltung des Zentralen Omnibusbahnhofs am derzeitigen Standort.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Abschluss der ÖPNV-Angebotsplanungen dem Stadtrat wieder zu berichten.

III. Finanzielle Auswirkungen:

Der unter II. empfohlene Beschlussantrag verursacht

x	1.	keine Kosten
	2.	Kosten in Höhe von für die Deckung im laufenden Haushaltsjahr bzw. im geltenden Finanzplan gegeben ist
	3.	Kosten in Höhe von für die keine Deckung im Haushalt gegeben ist. Im Rahmen der vom Antrag stellenden Amt/Referat zu bewirtschaftenden Mittel wird folgender Deckungsvorschlag gemacht:
	4.	Kosten in künftigen Haushaltsjahren: Personalkosten: Sachkosten:

Falls Alternative 3. und/oder 4. vorliegt:

In das **Finanzreferat** zur Stellungnahme.

Stellungnahme des **Finanzreferates**:

Anlage/n:

Verteiler: